

ECHTER AUFBRUCH

IN EIN GERECHTES MORGEN

Unsere Ideen und Forderungen zur Landtagswahl 2022

PRÄAMBEL

Wir wollen einen echten Aufbruch im echten Norden gestalten!

Wir spielen die vielen wichtigen Forderungen nicht gegeneinander aus, sondern verbinden konsequenten Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, Artenschutz und die Transformation der Wirtschaft miteinander.

Wir möchten mit unseren Forderungen die Perspektiven und Lebensrealitäten junger Menschen in die Landespolitik tragen und Visionen für progressive, ökologische, soziale und generationengerechte Politik aufzeigen.

Die Grundlage der Politik Schleswig-Holsteins muss zukünftig das Rest-CO₂-Äquivalent-Budget von 65 Mio. Tonnen sein. Dafür muss Schleswig-Holstein bis spätestens 2035 klimaneutral sein.

Um Schleswig-Holstein für die klima- und generationengerechte Zukunft fit zu machen, muss die künstliche Schranke der Schuldenbremse abgeschafft werden und somit der Weg für Investitionen in die Zukunft eröffnet werden.

Im Folgenden legen wir unsere Ideen und Forderungen an die kommende Landesregierung von Schleswig-Holstein dar.

#echterAufbruch

Unser Bildungssystem muss sich komplett verändern: Bildung muss kostenlos und für alle verfügbar sein. Schulen sollen keine Verwahrsorte junger Menschen sein und Bildung nicht nur der wirtschaftlichen Verwertbarkeit junger Menschen dienen, sondern zur Entwicklung von mündigen Individuen beitragen. Wir wollen eine Schule für alle. Deshalb fordern wir:

frühkindliche Bildung

- Beitragsfreie und flächendeckende Kindertagesstätten
- Betreuungsschlüssel deutlich erhöhen
- schon im frühkindlichen Alter für Diversität sensibilisieren

schulische Bildung

- Gemeinschaftsschulen (mit gymnasialen Oberstufen) stärken
- Wirtschaft-Politik-Unterricht verpflichtend ab der 5. Klasse an allen Schulen
- Noten schrittweise durch individuelle Lernstandsberichte ersetzen
- projekt- und praxisorientiertes Lernen fördern
- mehr Exkursionen
- Bildungsangebote im schulischen Rahmen durch außerschulische Fachkräfte fördern
- Förderung von individuelleren Lernformen bei gleichzeitiger Bekämpfung des Lehrkräftemangels
 - Förderung von kleineren Lerngruppen
 - Obergrenze von 25 Schüler*innengrenze je Schulklasse
- Mitbestimmung von Schüler*innen stärken
 - Anzahl der Schüler*innen im Schulleiter*innenwahlausschuss erhöhen
 - Rede- und Antragsrecht der LSVen im Bildungsausschuss des Landtages
- mittelfristig keine Schulzeitbegrenzung mehr
- Aufhebung des Verbots des Genderns mit Sonderzeichen in Schulen

berufliche und akademische Bildung

- Ausbildungen müssen mehr anerkannt werden
 - bessere finanzielle Entlohnung durch Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf den tariflichen Durchschnitt
 - attraktiver machen z.B. durch verpflichtende Übernahmegarantien in besonders systemrelevanten Berufen
 - gesellschaftliche Anerkennung für Ausbildungen und Ausbildungsberufe stärken
 - Einführung landesweites Azubiticket mit ähnlichen Konditionen des Semestertickets
 - Schaffung von günstigeren Wohnräumen speziell für Azubis
 - politische Teilhabe von Azubis stärken
- Gleichsetzung aller beruflichen Abschlüsse mit dem Abitur

- Sichere Umschulung ermöglichen
- Akademisierung der Gesundheitsfachberufe vorantreiben, beispielsweise durch die Etablierung eines weiteren Hochschulstandorts in Neumünster, priorisiert
- im Bereich des Pflegestudiums
- Wissenschaftskommunikation stärken, um wissenschaftliche Erkenntnisse gesellschaftlich greifbarer zu machen
- Komplette Abschaffung der Anwesenheitspflicht für Vorlesungen im Studium
- Einführung eines*einer Nachhaltigkeitsmanager*in an Hochschulen

Freiwilligendienste

- Vergünstigungen für Freiwillige vergleichbar mit Vergünstigungen für Schüler*innen und Studierende z.B. in öffentlichen Einrichtungen
 - Konkret: ein landesweites Freiwilligenticket einführen
- Partizipationsmöglichkeiten für Freiwillige stärken
- höhere finanzielle Förderung für FSJ und FÖJ zur langfristigen Sicherung des Angebots
- FÖJ- und FSJ-Stellen ausbauen
- Freiwilligen-Vergütung erhöhen

Erwachsenenbildung

- Weiterbildungsangebote kostenfrei gestalten
- Volkshochschulen finanziell unterstützen
- Bildungsurlaub fördern und stärker darüber aufklären
- gesellschaftliche Relevanz von Erwachsenenbildung stärken
- Sprachkurse für Erwachsene Geflüchtete zugänglicher machen

inklusive Bildung

- gemeinschaftliches Lernen als oberstes Ziel bedeutet auch die barrierefreie Gestaltung des gesamten Bildungssektors
- Ressourcenvorbehalt (ermöglicht es aktuell den Schulen, Kinder aus Mangel an Betreuungspersonal und anderen Ressourcen abzulehnen) aus dem Schulgesetz streichen
- Hochwertige Inklusive Bildung als Ziel auf allen Ebenen
 - Politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung sichern

MOBILITÄT

Wir wollen die Mobilität in Schleswig-Holstein bis 2035 in die Klimaneutralität führen. Unsere Vision von Mobilität stellt den Menschen in den Mittelpunkt: wir wollen weg von einer Mobilitätspolitik, die auf das Auto ausgerichtet ist, hin zu öffentlicher Verkehrsinfrastruktur, die alle Menschen mitnimmt. Die konkreten Schritte dafür sind:

- Mobilitätsgarantie: halbstündige Anbindung an den ÖPNV von mindestens 6 bis 23 Uhr
- kurzfristig ÖPNV massiv stärken:
 - Mobilitätsabgabe für Städte, kreisweite Bürger*innentickets ermöglichen
 - für Menschen unter 27 Jahren komplett kostenfreier Zugang
 - Taktung massiv erhöhen
 - Einbindung von neuen Mobilitätsangeboten (z.B. On-Demand-Verkehren oder Leihrädern) in den ÖPNV, gerade im ländlichen Raum
- mittelfristig umlagefinanzierter, landesweiter öffentlicher Verkehr für alle
 - sozial gestaffelte ÖPNV-Umlage
- Häfen bis 2030 klimaneutral:
 - gesamter Hafenbetrieb klimaneutral
 - klimaneutraler Schiffsverkehr als Voraussetzung zur Nutzung von Häfen in Schleswig-Holstein
 - Landstromanlagen mit Abnahmepflicht für landstromfähige Schiffe an allen großen Häfen
- explizite Förderung des Schienen-Personen-Nahverkehrs (SPNV), wie z.B. Straßenbahnen oder Nahverkehrszüge
- klimaneutraler Güterverkehr bis 2030: Straßen von ineffizientem Lastverkehr befreien und auf die Schiene umsteigen
- öffentliche Infrastruktur barrierefrei, sicher und für Kinder nutzbar machen
- Investitionen in öffentlichen Verkehr, Rad- und Fußinfrastruktur statt in Autoinfrastruktur
- Ausbau der Rad- und Fußinfrastruktur:
 - breite, ebene und gut instand gehaltene Fahrrad- und Fußwege
 - vorhandene Velorouten stärken und den Ausbau als priorisiertes lokales Verkehrsprojekt einstufen

ENERGIE

Schleswig-Holstein wird zum Energiewende-Vorbildland. Wir wollen den gerechten Beitrag zur Einhaltung der 1,5 Grad-Grenze leisten.

Das bedeutet für die Energiewende konkret:

- Verantwortung als windreichstes Bundesland nachkommen: 220 TWh erneuerbarer Strom bis 2035
- 73% Erneuerbare Wärme bis 2030
 - dafür Förderung von Solar- und Geothermie
- Mindestabstände zwischen Windrädern und Siedlungen auf maximal 600 m senken, 400m bei Einzelgebäuden
 - dafür Bürger*innenbeteiligung fördern
- 3% der Landesfläche für Windenergie ausweisen
- Repowering von Windenergieanlagen unter 3 MW Nennleistung auch vor Ende der Lebensdauer
- Bestehende Standorte von Windenergieanlagen in jedem Fall erhalten
- Massiver Solarenergieausbau:
 - Solaranlagen auf Freiflächen unterstützen
 - Flächenkonflikte durch kombinierte Nutzung der Flächen reduzieren, z.B. mit Agriphotovoltaik
 - Gestaltung ökologisch wertvoller Habitate unter Freiflächenanlagen besonders fördern
 - Baupflicht für Solarenergie auf Dächern, auch bei Sanierungen oder Eigentümer*innenwechsel
- Strom- & Wärmenetze massiv ausbauen

LANDWIRTSCHAFT, WIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG

Wir stehen für ökologische Land- und Forstwirtschaft, die gemeinsam mit den Land- und Forstwirt*innen gestaltet wird und alle Menschen mitnimmt. Dafür soll sich die Land- und Forstwirtschaft nicht mehr an Profiten orientieren müssen. Die Landnutzung leistet einen aktiven, positiven Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise. Dazu fordern wir konkret:

Landwirtschaft

- Anteil an Ökolandbau-Fläche in SH verdreifachen bis 2030 (aktuell 6,6%)
- Mehr Dauergrünlandflächen (langfristig nicht landwirtschaftlich genutzte Fläche)
- Reduktion des Viehanteils in landwirtschaftlichen Betrieben um den Anteil, den das Treibhausgas-Budget erfordert
- weniger Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung um Ausbreitung von multiresistenten Keimen vorzubeugen
- strengere Auflagen vom Land hinsichtlich der Größe der Felder sowie hinsichtlich der Anzahl und Pflege von Knicks, um die Landwirtschaft widerstandsfähiger zu machen
- Solidarische Landwirtschaft fördern
- Alternative Anbaukonzepte wie Permakultur oder Agroforstwirtschaft fördern und weiterentwickeln

Forstwirtschaft

- Umstellung der Forstwirtschaft in naturnahe, klimapositive (mehr Einsparung als Ausstoß von CO₂) Waldbewirtschaftung
- Rückkehr zum Mischwald, Ende des schädlichen Monokultur-Waldes

Ernährung

- Lebensmittelverschwendung beenden (z.B. durch verpflichtende Lebensmittelspenden)
- Erarbeitung eines nachhaltigen Konzepts für den Umgang mit Lebensmitteln im Einzelhandel, welche das MHD überschreiten.
- Förderung von veganer, vegetarischer, gesunder, saisonaler und regionaler Ernährung
 - Ausgewogenes, regionales, qualitativ hochwertiges und kostenfreies Essen in Schul- und Krankenhauskantinen, gerade in strukturell benachteiligten Stadtteilen/Regionen fördern
- Sensibilisierung der Bevölkerung über Aufklärungskampagnen zu gesunder Ernährung
- Wasserspender an Schulen einsetzen
- Werbung für alkoholhaltige Getränke und andere Drogen verbieten

ARTENSCHUTZ UND BIODIVERSITÄT

Wir denken Arten- und Klimaschutz zusammen. Die Bekämpfung der Klimakrise und der Biodiversitätskrise gehen einher und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dazu fordern wir konkret:

- Förderung von Urban Gardening (gemeinschaftliche Gartenprojekte in der Stadt), Entsiegelung und Bäumen in der Stadt
- Insekten schützen: schnellstmögliche Minimierung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft
- Moore renaturieren und wiedervernässen: Moorschutzplan verschärfen und umsetzen und die Klimawirkung beachten
- alte Munition schnellstmöglich aus der Nord- und Ostsee holen: Verantwortung als Staat wahrnehmen
- Fischerei suffizient gestalten: Fangquoten senken und bedarfsgerecht gestalten.

PLANEN UND BAUEN

Jeder Mensch soll wohnen können, wo und wie sie*er will! Dabei wollen wir allen Menschen ermöglichen, klimaneutral zu bauen und zu wohnen. Die Stadtplanung muss sich grundsätzlich an anderen Prinzipien orientieren; dazu gehören Klimaneutralität und Gemeinwohl. Wir fordern konkret:

- Stadt der kurzen Wege etablieren: in 15 Minuten überall hinkommen
- Gerechte Aufteilung des städtischen Raums, z.B. durch autofreie Innenstädte
- Flächenversiegelung stoppen: Netto Null bis 2025
- energetische Sanierungsquote von 4%
- klimaneutrale Baustoffe wie Holzbauten und recycelten Beton fördern
- bei Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen (z.B. Dämmungen, Umstieg des Heizsystems, Solaranlagen) Menschen mit geringem Einkommen unterstützen und fördern, beispielsweise durch Kreditprogramme von IB.SH

SOZIALES UND WOHNEN

- Energiearmut bekämpfen: Stromsperrern abschaffen
 - Energieberatungen
- Recht auf Wohnen für alle Menschen - Housing first auch in Schleswig-Holstein
- Die Mieten müssen runter
 - Wiedereinsetzung der Mietpreisbremse
 - auf Bundesebene für einen rechtssicheren Mietendeckel einsetzen
 - Bekämpfung der Wohnungslosigkeit: keine ersatzlosen Wohnungskündigungen
- intergeneracionales Wohnen, wie z.B. Mehrgenerationenhäuser und inklusives Wohnen fördern
- sozialer Wohnungsbau auch von Land und Kommunen aus planen
- Wohnraum pro Person im Mittel verringern, z.B. Tauschprogramme fördern
- Einführung einer Leerstand-Steuer, um nicht genutzten Wohnraum und Wohnungen als Spekulationsobjekt zu vermeiden
- Kein Profit mit Wohnen: Wohnungskonzerne enteignen

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Der Umbau des aktuellen profitorientierten Wirtschaftssystems in ein gemeinwohl- und menschenorientiertes, ökologisch tragbares System ist unser Ziel. Das erreichen wir konkret so:

- Lebenswichtige Infrastruktur in öffentliche Hand überführen und gemeinwohlorientiert ausrichten
- regionale Wirtschaft stärken
 - Community Wealth Building einführen/ausbauen
 - stärkere regionale Vergabe durch die öffentliche Hand
- Vergaberecht wiedereinführen
- Alle Wirtschaftsförderung an nachhaltigen Kriterien orientieren
- Frauen, inter*, nicht-binäre und trans* Personen in der Wirtschaft fördern:
 - Firmengründungen und Start-Ups von Frauen, inter*, nicht-binären und trans* Personen fördern
- Frauen, inter*, nicht-binären und trans* Personen stehen mindestens 50% der Führungspositionen zu!
 - Umsetzung durch eine Quote
- Gemeinwohlabilanzierung beim Landesrechnungshof einführen
- 5% vom Landeshaushalt ausschließlich für Klimaschutzmaßnahmen
- Gelder aus EU-Fördertöpfen EFRE (regionale Entwicklung) und ELER (Landwirtschaft) zu 100% für Klimaschutz

ARBEIT

Arbeit muss fair bezahlt sein und unter menschenwürdigen Bedingungen stattfinden. Aber nicht nur das: Arbeit soll auch Spaß machen und Freiräume zu anderweitiger Beschäftigung bieten. Das bedeutet konkret:

- Landesmindestlohn wieder einsetzen und auf 15€ erhöhen
- Bedingungen in Care-Berufen verbessern:
 - faire Bezahlung
 - genügend Mitarbeitende
 - Weiterbildungsmöglichkeiten unterstützen
- Ausbildungsberufe attraktiver machen z.B. Erzieher*innenlohn erhöhen
- Finanzielle Anreize für Ausbildungen im ländlichen Raum, um demographischen Wandel entgegenzuwirken
- studentische Mitarbeiter*innen nach Tarif bezahlen
- Eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich soll zum Standard werden
- Stärkung von Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräten
- prekäre Arbeitssituation, insbesondere in Schlachthöfen, verbessern:
 - Kontrollen ausbauen
 - Wohnraum, Beratung und Hygienevorschriften sichern
- Transparente Arbeitsmarkt-Erhebungen verbessern
- Tariftreue- und Vergabegesetz wiedereinführen
- Stärkung des staatlichen Arbeitsangebots für Menschen ohne Berufsausbildung
- Beschäftigte des Landes nicht über Drittanbieter beschäftigen
- Arbeitnehmer*innenstatus für Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderung mit dem Ziel der kompletten Abschaffung der Werkstätten

GESUNDHEIT

Im Mittelpunkt des Gesundheitssystems stehen die Patient*innen und Arbeitnehmer*innen. Unsere Gesundheitspolitik basiert auf Vorsorge und Prävention von Erkrankungen.

Wir müssen von der Profitorientierung und Privatisierung im Gesundheitsbereich wegkommen. Die Gesundheitsversorgung gehört in staatliche Hand. Konkret fordern wir:

- flächendeckende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sicherstellen
- vorausschauende Bedarfsplanungen etablieren, um den Mangel an Allgemeinmediziner*innen oder Kinderärzt*innen zu beenden und den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen bekämpfen
- Bedingungen in der Pflege verbessern:
 - bessere Bezahlungen
 - verbindliche Tarife
 - Arbeitsmodelle wie die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich
- Drogenkonsum entkriminalisieren
- Prävention von Drogenkonsum stärken, auch der Volksdrogen Alkohol und Rauchen
- psychotherapeutische Behandlung deutlich ausbauen
- Mentale Gesundheit politisch thematisieren und über den gesellschaftlichen Diskurs zur Entstigmatisierung beitragen
- mehr psychologische Unterstützung in Schulen
- Module zu Gender, Diversity und Schwangerschaftsabbrüchen verbindlich im Medizinstudium und anderen Ausbildungen zu Gesundheitsfachberufen verankern
- Erhalt von Krankenhäusern in kommunaler Träger*innenschaft, langfristig Rekommunalisierung privater Krankenhäuser
- bessere Finanzierung und Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes
- evidenzbasierter und vorausschauender Umgang mit der Corona-Pandemie-Bewältigung und Vorbereitung auf kommende Pandemien

VIELFÄLTIGE GESELLSCHAFT

Unsere bunte, vielfältige Gesellschaft braucht eine Politik, die diese Vielfalt anerkennt und fördert. Vielfalt muss auch in der Politik abgebildet werden. Gleichzeitig braucht es konkretes Engagement gegen Diskriminierung in jeglicher Form. Dafür fordern wir konkret:

- Vielfalts- und diskriminierungssensible Bildung von Lehrkräften und weiterem pädagogischen Personal
- Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes nach dem Vorbild Berlins
- Selbstorganisationen und Support-Strukturen weiter fördern und ausbauen
- Der Durchsetzung von Konzepten wie dem „Gesetz zur Regelung des Erscheinungsbildes von Beamtinnen und Beamten“ entschieden entgegenzutreten

Feminismus

- Frauen, inter*, trans* und nicht binäre Menschen in Handwerk und Landwirtschaft fördern
- Frauen, inter*, trans* und nicht binäre Menschen im MINT-Bereich fördern
- Gender-Data-Gap bekämpfen
- Strategie für den Schutz zugewanderter Mädchen und Frauen, inter*, trans* und nicht binärer Menschen schreiben
- Gender Budgeting: Landeshaushalt auf seinen Einfluss auf die tatsächliche Gleichstellung aller Geschlechter überprüfen und ausrichten
- Istanbul-Konvention umsetzen
 - Offensiv gegen geschlechtsspezifische Gewalt vorgehen: Gewaltprävention, Unterstützung und Schutz von Betroffenen von geschlechtsspezifischer Gewalt mit sicherer und bedarfsorientierter Finanzierung
 - bessere finanzielle Unterstützung für Schutzeinrichtungen, wie z.B. Frauenhäusern
 - Existenz solcher Einrichtungen sicherstellen
 - barrierefreie Gestaltung von Schutzräumen für Frauen
- Selbstbestimmungsrecht von Frauen verteidigen: Kopftuch- und Verschleierungsverbote entschieden entgegenzutreten
- Beratungsinfrastruktur für Schwangerschaftsabbrüche und Familienplanung ausbauen
- Verbot sexistischer Werbung
- landesweiter Verhütungsmittelfonds
- kostenlose Menstruationsartikel an Schulen und in öffentlichen Gebäuden

Queerpolitik

- Queersensible Bildung
 - auch außerhalb von Sexualkunde
 - Schule als diskriminierungssensibler und -kritischer Raum
 - Sexuelle und Geschlechtliche Vielfalt als Querschnittsthema in die Lehr- und Ausbildungspläne und als Teil der Lehrer*innenbildung
 - Berücksichtigung von inter* und nicht-binären Menschen z.B. durch All-Gender Restrooms und Lösungen für binär ausgelegte Prüfungen im Sportunterricht
 - Stärkung und Ausbau der landesweiten queeren Antidiskriminierungsarbeit
- bedarfsdeckendes Beratungsnetz insbesondere im ländlichen Raum
 - auch für junge queere Menschen
 - spezifische und gut erreichbare Beratungsangebote für queere Geflüchtete und Migrant*innen
 - bisher auf Projektbasis finanzierte Initiativen strukturell und institutionell fördern
 - den bestehenden Landesaktionsplan Echte Vielfalt weiter stärken, ohne seinen Charakter als Teil der queeren Selbstorganisation zu verändern
- Bedürfnisse queerer Menschen in medizinischer und pflegerischer Praxis umsetzen
- Kinderwunschbehandlung auch außerhalb der heteronormativen Familie unterstützen

Inklusion

- Entstigmatisierung von Behinderungen und psychischen Störungen
- neue öffentliche Gebäude müssen Barrierefrei sein, finanzielle Mittel und Fördergelder erhöhen
 - Landesblindengeld auf 600€ erhöhen
- Gebärdensprache als Minderheitensprache anerkennen
- Barrierefreie Verwaltung
 - Barrierefreiheit als Maßgabe für Fördermittel und Aufträge
- Leichte Sprache stärken

Antirassismus

- strukturelle Finanzierung für Antirassismus-Initiativen
- rassismuskritische Personalentwicklung in der Landesverwaltung
- antirassistische Schulungen für die Polizei fördern
- Racial-Profilings verstärkt aufarbeiten
- alle Formen von Rassismus anerkennen und benennen: insbesondere auch anti-muslimischen Rassismus und Antiziganismus bekämpfen!

Kampf gegen Antisemitismus

- Anerkennung der Definition der Internationalen Holocaust-Gedenkallianz (IHRA) von Antisemitismus
- Stärkung der Melde-Infrastruktur (LIDA-SH)
- Jüdisches Leben in SH weiterhin stärken, absichern und sichtbar machen

Erinnerungskultur

- Erinnerungsorte wie KZ-Gedenkstätten, Denkmäler und andere Orte der Geschichte unterstützen und zu Lernorten machen
- Umbenennung von allen Straßen und Plätzen, die in Verbindung zu Täter*innen des Kolonialismus und Nationalsozialismus stehen
- Ehrenmale durch weitergehende Informationen kontextualisieren

DEMOKRATIE

Wir wollen die Demokratie stärken, indem wir sie weiterentwickeln. Dafür wollen wir allen Menschen in der Gesellschaft mehr Mitsprache ermöglichen. Wir wollen mehr Demokratie wagen! Dafür fordern wir konkret:

- Demokratische Strukturen für die Jugend zugänglich machen und Basisdemokratie stärken
- Wahlrecht für alle, unabhängig vom Alter und der Staatsangehörigkeit bei Landtags- und Kommunalwahlen
- Umsetzung des Paragraphen §47 f GO: Kinder und Jugendbeiräte in jeder Stadt und jedem Kreis mit Rede-, Antrags- und Stimmrecht. Die Rechtswirksamkeit von Beschlüssen wird zukünftig an die Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen gekoppelt.
- Bürger*innenräte als beratendes Gremium
- Stärkung von Demokratiebildung in KiTas und Schulen
- für mehr Transparenz in der Demokratie:
 - Nebeneinkünfte von Abgeordneten offen legen
 - Lobbyregister für den Landtag
 - 3-jährige Karenzzeiten (verpflichtende Pause zwischen Politiker*innendasein und Lobbytätigkeiten) für Landesregierungsmitglieder und Staatssekretär*innen

INNEN

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle frei von Angst, Armut und Diskriminierung leben können. Dafür brauchen wir auch eine veränderte Innenpolitik, die Demokratie und Grundrechte schützt, statt Angst zu schüren. Dazu fordern wir konkret:

- grundlegende Neuausrichtung der Polizei
 - Ausbau ziviler Träger*innen zur Entlastung der Polizei in Situationen, für die Polizist*innen nicht ausgebildet sind
 - die Polizei im Bereich der Deeskalation und im Umgang mit neuen Problemstellungen (z.B Corona-Proteste) weiterbilden
- rechte Netzwerke in Polizei und staatlichen Behörden konsequent aufklären und bekämpfen
- Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Sicherheitsbehörden
- Rassismus und Diskriminierung in Polizei und staatlichen Behörden aufdecken und Strategien zur Sensibilisierung umsetzen
- Ersetzung des Landesverfassungsschutzes durch ein Forschungsinstitut zur effektiven Aufklärung über antidemokratische Tendenzen

KUNST UND KULTUR

Wir wollen allen Menschen ermöglichen, an Kunst und Kultur teilzuhaben. Die Unabhängigkeit der Künste muss gewahrt und die Rolle der Kultur als Grundlage für Demokratie und friedliches Zusammenleben gestärkt werden. Kulturverständnis? Dafür fordern wir konkret:

- Kultur zur kommunalen Pflichtaufgabe machen und somit Rolle in der Gesellschaft stärken
- Kostenfreiheit für alle Kulturorte für junge Menschen bis 30 Jahre
- Bibliotheken als dritte Orte: besser finanzieren und ausstatten und mit frei zugänglichem Internet versorgen
- Öffnung aller Bibliotheken, insbesondere Hochschulbibliotheken, von mindestens 8:00 Uhr bis 22:00 Uhr an 7 Tagen in der Woche
- Kultur klimaneutral gestalten
- kulturelle Bildung für alle jungen Menschen fördern
- Musik für jedes Kind: stärkere öffentliche Förderung von Musikschulen
- Kultur in Stadt UND Land: zugängliche Kulturorte für alle schaffen
- internationale Kulturaustausche für junge Menschen unabhängig von ihrem Bildungsstand und ihren finanziellen Möglichkeiten schaffen und fördern
- Unterstützung der freien Kulturszene, um langfristige Planung zu ermöglichen

DIGITALISIERUNG

Wir wollen die Chancen der sich digitalisierenden Welt nutzen und sie mitgestalten. Wir sehen in der Digitalisierung keinen Selbstzweck, sondern wollen mithilfe digitaler Lösungen bessere Teilhabe und bessere Bildung ermöglichen. Digitalisierung darf niemanden ausschließen. Daten müssen immer sicher sein und alle Menschen in Schleswig-Holstein müssen selber über ihr digitales Leben verfügen können.

Dafür fordern wir konkret:

- Kostenfreier Zugang zum Internet und digitaler Infrastruktur flächendeckend
- Open-Data Portale und Open Access
- Verwaltungen digitalisieren
- Digitale Angebote des Landes stärken, z.B. eigene Videokonferenzserver
- freie Bereitstellung von dokumentierten Schnittstellen vom ÖPNV
- Informations-Zugangs-Gesetz stärken

Digitalisierung in der Bildung

- Leihgeräte und Programme öffentlich und kostenlos für alle Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden zugreifbar machen
- schnelles Internet und WLAN mit Glasfaser an jeder staatlichen Bildungseinrichtung
- ausschließliche Nutzung von freier und Open Source Software in Bildungseinrichtungen
- Medienkompetenz lehren
- mehr Hybridangebote in Unis und Berufsschulen ohne den Wert von Präsenz außer Acht zu lassen

MIGRATION UND FLUCHT

Schleswig-Holstein soll weiterhin Einwanderungsland bleiben. Schutzsuchende Menschen sollen in Schleswig-Holstein ein Zuhause bekommen. Dafür fordern wir konkret:

- Sicherer Hafen: Ausbau der humanitären Aufnahme in SH
- besserer Zugang zu Sprache, Schulabschluss, eigenständigem Wohnen und Berufseinstieg durch niedrigschwellige und vom Land finanzierte Angebote für alle Geflüchteten, insbesondere Frauen, inter, nicht-binäre und trans* Menschen
- Verbesserung bei der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen
- mehr und bessere Migrationsberatung, Beratung für Opfer von Menschenhandel und Opfer von weiblicher Genitalverstümmelung verstetigen und Beratung für Asylverfahren
- Beschäftigungs- und Aufenthaltserlaubnis für alle in Schleswig-Holstein lebenden Menschen
- Stärkung des Ehrenamts in der Geflüchtetenhilfe in Form von finanzieller Unterstützung, außerdem Förderung von Ausbildungsangeboten (insb. Sprachkurse) sowie das aktive Bewerben dieser Ehrenämter.
- Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung und zu medizinischer Versorgung unabhängig von der Staatsangehörigkeit
- Flächendeckender Ausbau von landesweit finanzierten Hilfen bei der Traumabewältigung in Schleswig-Holstein.
- Menschenhandel und geschlechtsspezifische Verfolgung als Asylgrund anerkennen
- Grundsätzliche Ablehnung des Konzeptes „sicherer Herkunftsstaaten“ und der Abschiebhaft

INTERREGIONALE GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

Wir kämpfen für eine Politik, die Brücken baut. Schleswig-Holstein wird zu einer echten Modellregion für grenzüberschreitendes Denken und Zusammenarbeiten. Konkret fordern wir deshalb:

- Die Stärkung der Grenzregion Sønderjylland-Schleswig und des Interreg-Projekts der Europäischen Union
- Weiterentwicklung des Regionskontor (gemeinsames Sekretariat der Grenzregion) zu einer grenzüberschreitenden Behörde mit Verwaltungskompetenzen
- gemeinsamer Infrastruktur- und Mobilitätsplan in der Grenzregion
- mehr grenzüberschreitenden Austausch in KiTas und Schulen durch regelmäßige Austauschprogramme
- grenzüberschreitende Studiengänge an der Europa-Universität Flensburg ausbauen
- interregionaler Entwicklungsplan, der Klimaschutz und Digitalisierung voranbringt und dabei das Wissen und die Erfahrungen aus beiden Ländern vereint

TOURISMUS

Wir wollen Schleswig-Holstein zum nachhaltigen und klimaneutralen Tourismusland machen. Dafür müssen wir einen Tourismus etablieren, der sich an Qualität statt Quantität misst, ökologische und soziale Maßstäbe anlegt und die Anwohner*innen mitnimmt. Dazu braucht es konkret:

- Nachhaltige Mobilität auch für Tourist*innen fördern
 - Leihfahrräder und einfache Konzepte umsetzen
 - nachhaltige, intelligente Verkehrskonzepte im Tourismus, z.B. der Weg vom Bahnhof zum Leihrad zur Ferienwohnung
 - Kurkarten werden im Nahbereich für den Öffentlichen Nahverkehr anerkannt
- Regionale und faire Kriterien zur Beschaffung in der gesamten Tourismusbranche
- Faire Bezahlung für die Angestellten
- Regionalen Tourismus fördern
- Inklusiven Tourismus fördern beispielsweise durch die Bereitstellung von Strandrollstühlen und Strand-Wanderwege

SÄKULARES

Wir stehen für ein Schleswig-Holstein, in dem alle Menschen ihre Religion ausüben dürfen, solange sie dabei die Freiheit anderer nicht einschränken. Die Religionsgemeinschaften sollen weiterhin zweckgebunden staatlich unterstützt werden, allerdings wollen wir die Besserstellung der christlichen Gemeinschaften beenden. Daher fordern wir konkret:

- Staatsverträge mit den Kirchen umstrukturieren
 - nur solche Rechte und Gelder für Kirchen, die auch andere Religionsgemeinschaften erhalten
 - Verpflichtung zur Einhaltung demokratischer Grundwerte in die Verträge
- ein Staatsvertrag mit den islamischen Religionsverbänden, die sich zu Demokratie und Menschenrechten bekennen
- Einführung des konfessions- und religionsunabhängigen Pflichtfaches "Philosophie und Religionskunde" an allen allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein
- die Abschaffung der Gebühr zum Kirchenaustritt

SCHLUSSWORT

Das ist unser Aufbruchsprogramm für die Landtagswahl 2022. Wir als GRÜNE JUGEND Schleswig-Holstein stehen für eine Überwindung der Regierung mit CDU und FDP und kämpfen für ein progressives Bündnis!

Wenn du Fragen hast oder neugierig bist, schreib uns gerne an buero@gruenejugend-sh.de.

Die Votenträger*innen, das Landtagswahlkampfteam und der Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein